

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die internationale Konferenz in Wien.

(Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Wien, 23. Februar.

In der Mittwochsung präsierte Grim. Die Mandatsprüfungskommission hat ihre Arbeit noch nicht vollendet, daher wird Punkt 2: Imperialismus und soziale Revolution vorgenommen. Wallhead-England berichtet. Er will hauptsächlich den englischen Imperialismus schildern, denn wenn er den englischen Arbeitern keine Prosperität gebracht hat, den Arbeitern des Landes, das am meisten an Land geraubt hat, so kann der Imperialismus den Arbeitern anderer Länder noch viel weniger Prosperität geben. Von 1881 bis 1903 hat England sein Territorium um 4 Millionen Quadratmeter vergrößert unter der verlogenen Begründung, daß der Handel der Plage folge und die Prosperität der englischen Arbeiter verbürgt. Die Statistik zeigt aber ein andres Bild. Der Handel wächst durch Kolonien nur wenig. Der wirkliche Zweck des Landraubes ist die Schaffung von Anlagegelegenheiten für das Kapital. Aus diesen Kapitalanlagen in den Kolonien stammt der ungeheure Reichtum der englischen Kapitalistenklasse. Für die Arbeiter kommen nur heraus die Kosten ungeheurer Militärausgaben, gleichzeitig folgt die Spaltung Europas in zwei feindliche Lager. Die englische unabhängige Arbeiterpartei hat den Krieg energisch bekämpft und sie bekämpft aus demselben Grunde den Versailler Vertrag, der keinen Frieden sende und nur die Quelle neuer Kriegergefahr sei. Die unabhängige Arbeiterpartei sei entschlossen, diesen Kampf fortzuführen, bis den mitteleuropäischen Völkern die Freiheit wiedergegeben sei, ihr Wirtschaftsleben aufzubauen. (Lebhafter Beifall.) Die englischen Arbeiter empfinden am eigenen Leibe das Unrecht, das anderen Völkern angetan wird. Während Deutschlands Schiffe genommen sind, sind die englischen Arbeiter arbeitslos. Die Vernichtung des deutschen Militarismus war gut, aber unsere französischen Genossen sind gewiß damit einverstanden, daß es nicht gut ist, wenn an seine Stelle der französische Militarismus tritt, ebenso wollen sie nicht, daß der deutsche Militarismus ersetzt wird durch Englands, Amerikas und Japans Seeherrschaft, deshalb ist es Pflicht der Arbeiter aller Länder, eine gemeinsame Front zu bilden gegen den gemeinsamen Feind. Englands Partei ist Holz darauf, daran mitzuarbeiten. Die einzige Rettung bleibt die Vereinigung aller proletarischen Kräfte zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Imperialismus, zur Aufrichtung des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Da die Kommission zur Behandlung des Themas nicht gewählt werden soll, bevor die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeiten beendet hat, wird die Verhandlung vertagt. Dann gibt während Redebeurteilung Adler den Bericht, aber die Mandatsprüfungskommission hat die meisten Mandate ohne weiteres anerkannt bis auf wenige Weltkrieger Bulgariens, die vorläufig nur als Gäste zugelassen werden. Die ungarische Exilgruppe um Kunfi wird zugelassen, doch will man mit der offiziellen ungarischen Sozialdemokratie nichts zu tun haben. Deutschland, England und Frankreich erhalten je 10 Stimmen, die Schweiz 7, Desterreich und Rußland je 8, Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei je 5, Lettland 4, Ungarn und Poale Zion je 2, Litauen 1 Stimme. Amerikas Partei teilt brieflich mit, sie schickte keinen Delegierten aus finanziellen Gründen und weil sie noch keine innere Klarheit habe. Nachdem die Kommission für den zweiten Tagesordnungspunkt erwählt ist, tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags spricht Adler zum 3. Punkt: Methoden und Organisation des Klassenkampfes. Er grenzt seinen Standpunkt ab gegen den neuen Pazifismus der Vorkriegszeit und die Auffassung der Kommunisten, wonach der Krieg die Quelle des Glücks sei. Das revolutionäre Problem sei nicht einfach zu lösen durch die Schlagworte Diktatur oder Demokratie oder Rätesystem. Die Frage sei zu lösen je nach den Verhältnissen der einzelnen Länder. Die künftige Internationale solle bindende Beschlüsse fassen, aber nicht Diktate von oben erlassen, sondern solle ein gemeinsames Arbeiten von Gleichen unter Gleichen bewirken. Moskau habe viele Bedenken, aber nur eine kleine Anhängerschaft. Die Kommission sei sich einig, daß der Aufbau der künftigen Internationale leider nicht eine Frage von heute sei, ihre Aufbau sei eine Frage der Geduld. Das Draufhängertum könne nur Scherben erzielen. Adler schließt: Arbeiten wir eifrig für unser großes Ziel. (Lebhafter Beifall.)

### Zur Kündigung des Uebereischichtenabkommens.

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Bochum: Ueber die Kündigung des Uebereischichtenabkommens durch die Bergarbeiterverbände sind in den letzten Tagen verschiedentlich durchaus irreführende Mitteilungen durch einen Teil der Presse gegangen. Schon seit Monaten, zum mindesten lange bevor die neuen Kohlenforderungen der Entente bekannt waren, haben die Belegschafts- und Mitgliederversammlungen der organisierten Bergarbeiterschaft im Ruhrrevier die Kündigung des Uebereischichtenabkommens verlangt, und von den Vertretern des alten Bergarbeiterverbandes wurde die Kündigung für Ende dieses Monats gefordert. Hiergegen wurde aber seitens des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter Einspruch erhoben und alsdann mit Rücksicht auf die Londoner Verhandlungen mit der Entente die Kündigung um 14 Tage verschoben, so daß diese jetzt

am 13. März ausgesprochen werden wird. Die Organisationen begründen ihr Vorgehen damit, daß der Gesundheitszustand der Bergarbeiter die Aufrechterhaltung des Abkommens, das von vornherein nicht als eine Dauereinrichtung gedacht war, nicht länger zuläßt. Man weist darauf hin, daß die Zahl der Betriebsunfälle unter der Einwirkung der Uebereischichten in besorgniserregender Weise zugenommen hat. Auch steht ein großer Teil der Bergarbeiter auf dem Standpunkt, daß ein wirklicher Fortschritt nur durch die beständigen Uebereischichten auf die Dauer kaum gewährleistet sei. An den Tagen nämlich, an denen „übergearbeitet“ wird, weist die Förderung der gesamten Zechen etwas über 380 000 Tonnen auf, die am folgenden Tage infolge der Ermattung der Belegschaften auf 280 000 bis 290 000 Tonnen zurückgeht, um am zweiten Tage nach den Uebereischichten, wenn die Bergarbeiter wieder ausgeruhter sind, auf 310 000 bis 320 000 Tonnen zu steigen. Die regelmäßige Wiederkehr dieser auf- und absteigenden Förderkurve läßt nach der Ueberzeugung der Bergarbeiter erwarten, daß nach dem Abbau der Uebereischichten in kurzer Zeit durchschnittlich daselbe Kohlenquantum arbeitsmäßig gefördert wird wie vordem unter Hinzukommen der Uebereischichten. Möglicherweise werde sogar noch eine Höherleistung herauskommen, wenn man dazu übergehe, die Feuerklasse stärker zu besetzen.

### Drohende Regierungskrise in Thüringen?

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach der Vossischen Zeitung erklärte im Thüringer Landtag der Führer der Rechtsparteien, Abgeordneter Dietz, Meiningen, daß die Rechtsfraktionen dem unter Leitung des russischen Freifürsten von Brandenburg stehenden Ministerium des Innern kein Vertrauen entgegenbringen und daß sie deshalb jede Abstimmung über dieses Ministerium ablehnen müssen. Die Abstimmung wurde infolgedessen in zwei Fällen ausgesetzt. Heute fand keine Sitzung statt. Die Parteien werden über die parlamentarische Lage beraten.

### Zusammenfassung des neuen preußischen Landtages.

Berlin, 23. Februar. Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters wird sich der neue preußische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus den Kreiswahlvorschlägen 97, aus der Berechnung der Reststimmen 10 und aus Oberstimmen 7, zusammen 114 Abgeordnete; auf das Zentrum 64 plus 6 plus 11, zusammen 81; auf die Deutschdemokratische Partei 14 plus 11 plus 1, zusammen 26; auf die Deutsche Volkspartei 62 plus 12 plus 1, zusammen 75; auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 18 plus 9 plus 2, zusammen 29; auf die Deutsche Volkspartei 48 plus 10, zusammen 58; auf die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 20 plus 10, zusammen 30, auf die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 1 plus 3, zusammen 4, darunter 1 Abgeordneter aus dem Landeswahlvorschlag, 4 Abgeordnete.

### Blutiger Zusammenstoß bei einer Lebensmittel demonstration.

Prag, 23. Februar. Ueber einen blutigen Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern der Eisenwerkstätten von Krompach in der Slowakei berichtet Rude Pravo. Das Blatt behauptet, daß ein Gendarmen-Machtwort auf Arbeiter schloß, die sich vor dem Direktionsgebäude versammelt hatten, um besseres Mehl zu verlangen. Eine Frau und ein Arbeiter waren auf der Stelle tot; weitere 16 Personen wurden schwer verwundet. Erst auf die Nachricht von diesem blutigen Eingreifen der Gendarmen gegen die Demonstranten stellten die Arbeiter in den Betrieben die Arbeit ein. Sie zogen nach der Direktionskanzlei, wo zwei Beamte erschlagen wurden. Im ganzen wurden acht Personen getötet.

### Die Lage in Georgien.

Berlin, 23. Februar. Wie von unterrichteter georgischer Seite dem BVB mitgeteilt wird, ist die Meldung über eine Einnahme von Tiflis durch die Bolschewisten erfunden. Drahtlose Nachrichten aus Tiflis vom 23. melden eine Niederlage der bolschewistischen Truppen und eine günstige Lage der georgischen Streitkräfte. Die Darstellung der Moskauer Regierung, es handle sich nicht um einen Ueberfall der russischen Roten Armee auf Georgien, sondern nur um einen armenisch-georgischen Zusammenstoß und um eine revolutionäre Erhebung in Georgien, lag mit jedem Wort eine Unwahrheit. Aus Moskau kam der Befehl zum Ueberfall und russische Sowjettruppen wurden dazu verwandt.

### Kapitalistische „Wiedergutmachung“

Ueberschaut man heute mit sachlichem Blick den aufgeregten Kampf um die Wiedergutmachung oder Reparation der durch den Weltkrieg hervorgerufenen ungeheuren Zerstörungen, so ist vor allem andern zu konstatieren, daß wir heute, unmittelbar vor der Londoner Konferenz, auf genau demselben Stand stehen wie zur Zeit des Waffenstillstandes und des Friedensschlusses. Eine lange Reihe von „Reparationskonferenzen“ ist abgehalten worden, und man kann sagen, mit ihrer Zahl wächst die Verwirrung, tritt immer schärfer die Tatsache in die Erscheinung, daß da nicht Zufälligkeiten und Formalien immer wieder das Spiel verderben, auch der Nationalismus und der Siegerwahn (so verhängnisvoll sie immer sind!) nicht von entscheidender Bedeutung sind; sondern daß die bis zur Stunde erwiesene Unmöglichkeit der kapitalistischen Wiedergutmachung in der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung selbst vorhanden ist. Und es gehört keine Prophetengabe, sondern nur der Blick für das Tatsächliche dazu, um vorauszusagen, daß die Londoner Konferenz in diesem Abwärtstours der internationalen kapitalistischen Politik und Wirtschaft keinen Wendepunkt bedeuten wird. Die großen Worte und Gesten, die gegenwärtig hien hier drüben gemacht werden, brauchen uns Sozialisten nicht aus der Fassung zu bringen, das ist der übliche Donner, der die Ereignisse des kapitalistischen Welttheaters begleitet. In London werden tagelang hiefige, leidenschaftliche Redeschichten geführt werden, die Gegenläufe werden sich steigern; die kapitalistischen Staats- und Machtpolitiker werden bis an den Rand der Katastrophe und des Abgrundes gehen und sie werden dann eine „Lösung“ der großen Reparationsfrage finden, die keine Lösung ist: In kurzer Zeit wird das Dilemma in noch verschärfter, akuterer Form auftreten.

So große Kräfte und Leidenschaften der Kampf der internationalen kapitalistischen Bourgeoisie in die Liquidation des Weltkrieges in Bewegung gesetzt hat, so gering sind die positiven, fruchtbaren Gedanken und Vorschläge, die dabei zutage treten. Bleiben wir zunächst kurz bei den hirnverbrannten Beschlüssen der Pariser Konferenz, die ja den Anstoß zu der Londoner Konferenz gegeben haben. Es ist kein Kunststück der Ententemänner, die Forderung auf Zahlung einer Wiedergutmachungssumme von 226 Milliarden Goldmark an Deutschland zu richten. Aber sobald nach dem Wege gesucht wird, wie die Bezahlung dieses Betrages erfolgen soll, entfährt sich die bodenlose Lächerlichkeit dieser Beschlüsse. Das französische Volk ist um seine genialen Rechenkünstler vom Schlage Doumers und Loucheurs wirklich nicht zu beneiden. Doumer rechnet heraus, daß Deutschland nicht nur 2 oder 6 Milliarden Goldmark jährlich zahlen könne, sondern sogar 12 Milliarden. Das wird für ihn möglich, indem er die deutsche Ausfuhr (auf dem Blatt Rechenpapier!) auf 17 Milliarden Goldmark steigert und die Einfuhr auf 5 Milliarden herabdrückt, bleibt ein „Uberschuß“ von 12 Milliarden Goldmark, der in die Reparationskasse der Entente fließt. Herr Loucheur, Wiedergutmachungsminister, schlägt Doumer noch um viele Rechenlängen, er rechnet dem glücklichen Deutschland sogar eine jährliche Ausfuhr von 20 bis 25 Milliarden Goldmark vor, bei einer Einfuhr von 5 Milliarden Goldmark; also muß die Zahlung von jährlich 12 Milliarden Goldmark für Deutschland eine Kleinigkeit sein — es muß nur richtig „aufgerechnet“ werden. Auf dem geduldbigen Blatt Rechenpapier vollzieht sich das auch alles ganz reibungslos, aber die Wirklichkeit kann nicht größerer entsetzt werden durch die Klugmisset der Doumer und Loucheur. Wie erstens ein Land, das im letzten Friedensjahr unter höchstentwickelten Produktionskräften und Unversehrtheit seines Territoriums es auf 10 Milliarden Ausfuhr brachte, jetzt, wo in allem das Gegenteil zutrifft, für 20 Milliarden ausführen soll und wie zweitens eine Volkswirtschaft, die in hervorragendem Maße auf der Rohstoffzufuhr basiert, diese Ansohrziffer bei gleichzeitigem Herabdrücken der Einfuhr auf 5 Milliarden erreichen kann — an diesen fundamentalen Widersprüchen offenbart sich die ökonomische und deshalb auch finanzielle Unmöglichkeit der Rechnungen Doumers und Loucheurs; sie sind nichts als das Machwerk verblendeter Kapitalisten.

Das ist vielleicht der plumpste und sichtbarste Widerspruch in den kapitalistischen Wiedergutmachungsrechnungen, aber er ist keineswegs der einzige und letzte. Deutschland wird den größten Teil seiner Wiedergutmachungen zweifellos in Waren, statt in Goldmark leisten. Unter den obwaltenden finanziellen Verhältnissen in Deutschland ist das auch gar nicht anders möglich. Aber der englische Kapitalismus sieht sich hierdurch ernstlich in seinen Interessen bedroht. Die englische kapitalistische Bourgeoisie rechnet: Wir, der westeuropäische und amerikanische Kapitalismus stehen gegenwärtig schon bis über den Ohren in der Abwärtsreise, der Markt ist zu eng und es mangelt an Aufnahmefähigkeit und durch die deutsche Wiedergutmachung in Form von Waren würde dies